

Juni 2025

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Finale einer Gipfelwoche: Einigkeit im Grundsatz... ohne konkrete Ergebnisse

Europäischer Ratsgipfel am 26. Juni 2025

Dr. Beatrice Gorawantschy, Meike Lenzner, Tom Körner, Stanislav Linchevsky, Domien te Riele¹

Nahostkonflikt, Ukrainekrieg, Handelsstreit mit den USA, Migration und Wettbewerbsfähigkeit waren die großen Themen des EU-Gipfels am 26. Juni in Brüssel. Damit wurde nach dem G7 Treffen und dem NATO-Gipfel der jüngste Gipfelmarathon vorläufig beendet und gleichzeitig war es der letzte EU-Gipfel unter polnischer EU-Ratspräsidentschaft. Auch wenn man sich in den großen Dossiers grundsätzlich einig ist, konnten insbesondere mit Blick auf die Ukraine und die Haltung gegenüber Russland wegen der bekannten Abweichler Ungarn und Slowakei keine konkreten Ergebnisse erzielt werden - beispielsweise auch nicht das 18. Sanktionspaket verabschiedet werden. Insgesamt ist dieser Gipfel wiederum ein Beispiel dafür, dass das Einstimmigkeitsprinzip die Europäische Union in außenpolitischen Fragen lähmt.

Hintergrund

Unter sich rasant verändernden geopolitischen Rahmenbedingungen scheint der letzte Ratsgipfel im März bereits in weiter Ferne und versetzt den Status quo in eine gänzlich andere Lage. Zum einen stand der jüngste Ratsgipfel im Zeichen des vorangegangenen NATO-Gipfels vom 24. und 25. Juni in Den Haag, der eine historische Aufstockung der nationalen Verteidigungsausgaben beschloss, sowie weiterer hochrangiger Zusammenkünfte, wie dem G7-Treffen in Kanada und dem EU-Kanada Gipfel. Zum anderen überschattete die dramatische Eskalation im Nahen Osten zwischen Israel und Iran mit Intervention der USA den Gipfel und zwang sich den Staats- und Regierungschefs erneut auf - insbesondere durch die, trotz Waffenstillstand, weiter bestehende Unberechenbarkeit

der Entwicklungen und deren möglicherweise fatale Folgen. Vor dem Hintergrund dieser unmittelbaren Ereignisse der vergangenen Tage wirkte der Agendapunkt „Ukraine“ einschließlich eines traditionellen Austauschs mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj fast unaufgeregt, wenngleich von großer Bedeutung, da das 18. Sanktionspaket gegen Russland zum Beschluss stand. Angesichts dieses Sicherheits- und Verteidigungsfokus tritt die Tatsache, dass die EU gleichzeitig durch US-Präsident Trumps Zollpolitik des maximalen Drucks kurz vor einem Handelskrieg steht und unbedingt einen „Deal“ schließen muss, beinahe in den Hintergrund. Außerdem war es der erste Ratsgipfel von Friedrich Merz als neugewählter deutscher Kanzler war, auf dem massive Erwartungen aus den anderen Mitgliedstaaten ruhten, deutsche Führungsstärke in der EU zu demonstrieren. Diese galt es nun auf dem Gipfel unter dem Motto „Germany is back“ zu beweisen. Nicht zuletzt unterhalten innereuropäische Herausforderungen und Reibungen, wie etwa der Wahlsieg des rechts-populistischen Präsidentschaftskandidaten in Polen oder die deutsche Zurückweisung von Asylsuchenden an den Grenzen, die von einigen Nachbarländern scharf kritisiert werden, diesen Gipfel.

Ergebnisse des Europäischen Rats²

Ukraine

Trotz mehrerer dringenden Themen stand auch bei diesem Gipfel die Lage in der Ukraine oben auf der Agenda. Nach einem digitalen Austausch mit Präsident Wolodymyr Selenskyj wurden die Schlussfolgerungen zur Ukraine wieder als separate Erklärung von 26 Staats- und Regierungschefs beschlossen.

¹ Liz Tribbensee und Tim Gündling haben bei der Erstellung des Dokuments mitgewirkt.

² Hauptquelle, die dieser Publikation zu Grunde liegt, sind die offiziellen Ratsschlussfolgerungen. Die deutsche Version ist abrufbar unter <https://www.consilium.europa.eu/media/3wblklk5/20250626-european-council-conclusions-de.pdf>.

Neben militärischer Unterstützung, Friedensbemühungen und Sanktionen stand dieses Mal die Beitrittsperspektive des Landes im Vordergrund. Ähnlich wie im März begrüßt der Europäische Rat erneut alle internationalen Vermittlungsinitiativen, insbesondere die Friedensgespräche der USA, und betont das Ziel eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens auf Grundlage der UN-Charta und des Völkerrechts. Die EU bleibt bei ihren Grundsätzen: Friedensverhandlungen müssen unter ukrainischen Bedingungen und in enger Abstimmung mit europäischen Partnern erfolgen. EU und Mitgliedstaaten sind bereit, die Ukraine mit passenden Sicherheitsgarantien zu unterstützen – unter Beachtung ihrer Zuständigkeiten. Laufende Gespräche mit NATO-Staaten werden betont. Die Hohe Vertreterin Kaja Kallas koordiniert Unterstützungsmaßnahmen zur Luft- und Drohnenabwehr sowie im Rahmen der G7-ERA (European Research Area)-Initiative. Die Vertiefung der Zusammenarbeit der ukrainischen mit der europäischen Verteidigungsindustrie wird als wichtig erachtet.

Humanitäre und zivilgesellschaftliche Aspekte gewinnen an Bedeutung. Der Europäische Rat betont die Dringlichkeit von Gefangenenaustauschen und der Rückführung verschleppter Kinder. Russlands Vermögenswerte bleiben eingefroren solange die Aggression andauert und keine Entschädigungen gezahlt werden. Das 17. Sanktionspaket gegen Russland wird begrüßt und der EU-Rat ruft dazu auf, rasch ein neues Sanktionspaket anzunehmen. Für 2025 stellt die EU 30,6 Mrd. Euro bereit, darunter Mittel aus der Ukraine-Fazilität und G7-ERA, finanziert aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten.

Hinsichtlich des EU-Beitrittsprozesses wurde betont, dass die Ukraine das souveräne Recht habe, ihren eigenen Weg zu wählen. Der Rat würdigt die bisherigen Reformfortschritte unter schwierigen Bedingungen und bekräftigt, dass der leistungsbaasierte Ansatz Grundlage aller weiteren Schritte bleibt. Wie bereits erwähnt, soll das „Fundamentals Cluster“ als erstes geöffnet werden. Die EU setzt ihre umfassende Unterstützung für die Ukraine fort – politisch, finanziell und humanitär – und erwartet konkrete Ergebnisse von der Ukraine-Wiederaufbaukonferenz im Juli in Rom.

Nahost

Angeichts der anhaltenden Eskalation im Nahen Osten befasste sich der Europäische Rat erneut mit der Lage in der Region, insbesondere mit der dramatischen humanitären Situation in Gaza sowie den jüngsten Spannungen zwischen Israel und Iran. Der Rat begrüßt das Ende der Feindseligkeiten zwischen beiden Staaten und ruft alle Akteure zur Einhaltung des Völkerrechts, zu Zurückhaltung

und zur Vermeidung weiterer Eskalation auf. Es wird betont, dass **Iran** keine Atomwaffen erlangen darf und fordert die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag. Entsprechend unterstützt die EU alle diplomatischen Bemühungen zur Deeskalation und Lösung des iranischen Nuklearprogramms.

Mit Blick auf **Gaza** fordert der Rat einen sofortigen Waffenstillstand und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln. Er bedauert, dass die Hamas die Freilassung der verbliebenen Geiseln weiterhin verweigert und fordert die Arbeit an restriktiven Maßnahmen gegen die Hamas. Die hohe Zahl ziviler Opfer und die Hungersnot erfüllen ihn mit Sorge. **Israel** wird aufgefordert, die Blockade aufzuheben, humanitären Zugang zu ermöglichen und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie ziviler Infrastruktur sicherzustellen. Der Europäische Rat erinnert Israel an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere unter dem humanitären Völkerrecht und kündigt eine Überprüfung der Einhaltung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens mit Israel bis Juli 2025 an. Auch die Lage im Westjordanland, insbesondere in Ostjerusalem, stand erneut auf der Agenda. Der Rat verurteilt die Eskalation durch Siedlergewalt, illegale Siedlungsausweitung und Militäreinsätze und ruft zur Fortsetzung der Arbeiten an weiteren Sanktionen gegen extremistische Siedler und ihre Unterstützer auf. Die EU setze sich nachdrücklich für eine dauerhafte Friedenslösung auf Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung ein. Sie sichert ihre Mitwirkung an internationalen Bemühungen sowie ihre Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und deren Reformen zu. Der Europäische Rat begrüßt die geplante internationale Konferenz zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung.

Bezüglich **Syrien** unterstützt der Rat die schrittweise Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen im Rahmen eines friedlichen und inklusiven politischen Übergangs ohne äußere Einmischung. Übergangsjustiz, Versöhnung und der Schutz der Rechte aller Bevölkerungsgruppen bleiben zentrale Anliegen. Der jüngste Terroranschlag auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus wird verurteilt; die Täter sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im **Libanon** unterstützt die EU die neue Regierung bei der Stabilisierung von Wirtschaft und Sicherheit, bekräftigt ihre Unterstützung für Souveränität und territoriale Integrität und würdigt die Rolle der UNIFIL im Süden des Landes. Die Wichtigkeit der Implementierung des Waffenstillstandsvertrags vom 27. November 2024 wird betont.

Sicherheit und Verteidigung

Der Europäische Rat bekräftigt seine Schlussfolgerungen vom 6. März 2025 und unterstreicht die dringende Notwendigkeit, Europas Verteidigungssouveränität und Zusammenarbeit in den kommenden Jahren entscheidend zu stärken. Im Fokus stehen sowohl die Sicherung der Außengrenzen als auch die technologische und industrielle Entwicklung. Ziel ist es, die gemeinsame Einsatzfähigkeit innerhalb der nächsten fünf Jahre deutlich auszubauen, um eigenständig und koordiniert auf alle Bedrohungen reagieren zu können. Eine stärkere EU-Verteidigungsstruktur ergänzt dabei die NATO, die weiterhin das Fundament der kollektiven Verteidigung bildet.

Gefordert wird eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben sowie eine bessere Koordination bei der Umsetzung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf die NATO-Ziele vom vorausgegangenen Junigipfel 2025. Der Rat begrüßt die SAFE-Verordnung sowie die bevorstehende Aktivierung nationaler Ausweichklauseln im Stabilitäts- und Wachstumspakt. Zudem strebt er eine zügige Prüfung von Anreizen für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt an und hebt die Bedeutung privater Finanzmittel für die Verteidigungsindustrie hervor, unterstützt durch die Europäische Investitionsbank.

Die Europäische Investitionsbank wird aufgefordert, die Liste der von der Kreditvergabe ausgeschlossenen Tätigkeiten regelmäßig zu überprüfen und das Finanzierungsvolumen für Sicherheits- und Verteidigungsprojekte zu erhöhen, ohne ihre operationelle Kapazität zu gefährden. Der Rat verlangt eine zügige Prüfung und Umsetzung von Vorschlägen, die verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt fördern und Sicherheitsherausforderungen im Rahmen der Kohäsionspolitik-Mittelüberprüfung adressieren.

Angesichts der Dringlichkeit muss die technologische und industrielle Basis der europäischen Verteidigung durch gebündelte Nachfrage, abgestimmte Anforderungen, Standardisierung, gemeinsame Beschaffung sowie stärkere Markt- und Verteidigungsmarkintegration gestärkt werden. Die Weiterentwicklung priorisierter Fähigkeiten erfolgt in enger Abstimmung mit der NATO, insbesondere durch Kooperationen im Rahmen von SAFE und der Europäischen Verteidigungsagentur. Strategische Grundlagen und Innovationen werden gezielt gefördert, um das volle Potenzial neuer Technologien auszuschöpfen.

Der Rat verlangt den Ausbau der Produktionskapazitäten der europäischen Verteidigungsindustrie, einschließlich KMU und Midcaps. Er begrüßt die politische Einigung zum Europäischen Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP) und drängt auf zügige Verhandlungen zum „Defence Readiness Omnibus“.

Die Verteidigung aller EU-Außengrenzen, besonders der Ostgrenze angesichts der Bedrohungen durch Russland und Belarus, hat höchste Priorität. Kommission und Hohe Vertreterin werden aufgefordert, weitere Vorschläge zur Verbesserung der militärischen Mobilität vorzulegen, um den effizienten Transport von Verteidigungsgütern und Personal innerhalb der EU zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern wie dem Vereinigten Königreich und Kanada wird ausdrücklich gewürdigt. Dabei berücksichtigt der Rat die unterschiedlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken der Mitgliedstaaten. Die Fortschritte sollen im Oktober überprüft werden, begleitet von einem detaillierten Fahrplan der Kommission und der Hohen Vertreterin zur weiteren Umsetzung der Verteidigungsbereitschaft.

Wettbewerbsfähigkeit

In den Schlussfolgerungen ist der Europäische Rat bemüht, an frühere Gipfel im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit-Agenda anzuschließen und das Momentum zur Vereinfachung von Gesetzgebung aufrecht zu erhalten. Mit der Start-up & Scale-up Strategie³ und der Binnenmarktstrategie⁴ werden zwei nichtlegislative Initiativen der Kommission zur Verringerung von Binnenmarkthemmnissen und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausdrücklich begrüßt. Kommission, Rat und Parlament werden erneut zu Fortschritten aufgerufen, die während des Oktober-Gipfels evaluiert werden sollen.

In der Handelspolitik nimmt sich die EU in den Schlussfolgerungen vor, „ein vorhersehbarer, verlässlicher und glaubwürdiger Partner“ zu sein. Da die reziproken Zölle im Handelskonflikt mit Präsident Trump und damit ein Großteil der US-Zölle gegen die EU bis zum 9. Juli ausgesetzt sind, machte Bundeskanzler Friedrich Merz deutlich, dass er eine schnelle - wenn nötig - auch nicht optimale Einigung mit den USA befürworte⁵. Während des Gipfels soll es in der Zollauseinandersetzung auch um ein Verhandlungsangebot der US-

³ [EU-Kommission legt Strategie für Start-ups und Scale-ups in der EU vor - Europäische Kommission](#)

⁴ [Leichter Handel treiben, besser investieren: EU-Kommission legt EU-Binnenmarkt-Strategie vor - Europäische Kommission](#)

⁵ [Merz criticizes EU trade talks with US as 'far too complicated' - POLITICO](#)

Administration und eine mögliche Verhandlungsreaktion der EU gegangen sein⁶. Auch die Beziehungen zu China kamen mit Blick auf den geplanten EU-China Gipfel Mitte-Juli zur Sprache. In der Energiepolitik ist man besorgt über negative Auswirkungen des Israel-Iran Kriegs auf Rohstoffpreise.

Außerdem soll der Euro als internationale Leit- und Transaktionswährung gestärkt werden. Dies ist im Zusammenhang einer Rede der Zentralbankpräsidentin Christine Lagarde zu sehen, in der diese eine Chance für einen „globalen Euro-Moment“ aufgrund des Vertrauensverlusts in den Dollar sehe. Sie betonte jedoch auch, dass man sich diese Position erarbeiten müsse.⁷ Des Weiteren wurden die Empfehlungen des Europäischen Semesters⁸ und der für Januar 2026 avisierte Euro-Beitritt Bulgariens unterstützt.

Migration

Der Rat zieht wie immer Bilanz über die Umsetzung seiner bisherigen Schlussfolgerungen mit besonderem Blick auf die externe Dimension von Migration und dem Brief von Kommissionspräsidentin von der Leyen⁹ im Vorfeld des Rats. In diesem verweist sie u.a. darauf, dass die Kommission im April, wie vom Rat gefordert, neue Maßgaben für die Einstufung sicherer Drittstaaten vorgenommen hat. Außerdem kommen 93 Prozent der irregulären Migration aus Libyen, weshalb sie den zuständigen Kommissar Magnus Brunner beauftragt, mit den libyschen Behörden vor Ort in Austausch zu treten. Schließlich wiederholt der Rat in den Schlussfolgerungen das Ziel, die Sicherheit der Außengrenzen im Einklang mit dem Völkerrecht zu stärken. Außerdem ruft er die Co-Gesetzgeber auf, die neue vorgeschlagene Rückführungsrichtlinie und die Umsetzung des neuen Drittstaatenkonzepts zu prüfen.

Innere Sicherheit

Unter dem Punkt Innere Sicherheit erkennt der Europäische Rat organisierte Kriminalität, Terrorismus, Radikalisierung und Gewaltextremismus, online und offline, als große Sicherheitsgefahr an. Er fordert verstärkte Strafverfolgung, bessere Zusammenarbeit der Strafverfolgung und Justiz, effizienteren Datenzugang für Strafverfolgung sowie Kooperation mit Drittländern. In Punkto Krisenvorsorge wird die diesbezügliche Europäische Strategie zur Kenntnis genommen, wobei eine kohärente Stärkung von Resilienz, Krisenprävention

und Reaktionsfähigkeit in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz betont wird. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten seien zu achten. Rat und Kommission sollen regelmäßig über Fortschritte berichten. Der Rat verurteilt hybride Angriffe auf die EU und Partner, insbesondere Russlands Sabotage, Cyberangriffe, Informationsmanipulation, und Versuche, die Demokratie zu untergraben. Er begrüßt die Verschärfung restriktiver Maßnahmen und bekräftigt die Nutzung aller Mittel, inklusive des EU-Hybridtoolkits.

Sonstiges

Der Europäische Rat diskutierte anstehende Gipfeltreffen mit Drittstaaten. Er begrüßte das erste EU-Moldau-Gipfeltreffen und unterstützt Moldaus Souveränität und Beitrittsfortschritte trotz russischer Einflüsse. Die Lage im Westbalkan wurde erörtert; die EU unterstützt Reformen und eine leistungsbasierte Integration. Im Schwarzmeerraum begrüßte der Rat das EU-Strategiekonzept und fordert schnelle Umsetzung. Zum UN-Charta-Jahrestag bekräftigte er das EU-Engagement für Multilateralismus. Er würdigte die UN-Ozeankonferenz, forderte die Umsetzung des Europäischen Ozeanpakts und blickt erwartungsvoll auf die Entwicklungsfinanzierungskonferenz. Der Rat unterstützt Libyen und die UN-Mission, zeigt Besorgnis über die Lage und ihre Folgen für Sicherheit und Migration, verurteilt das Türkei-Libyen-Memorandum als völkerrechtswidrig und äußert Sorge über die Sicherheitslage im Sahel.

Kommentar

Beim dritten Gipfel in Folge hat sich Ungarn geweigert, dem **Ukraine**-Teil zuzustimmen. Vor dem Gipfel haben Ungarn und die Slowakei gedroht, das jüngste 18. Sanktionspaket zu blockieren, falls die EU-Kommission ihren Vorschlag, bis 2027 aus der Nutzung russischer, fossiler Brennstoffe auszusteigen, nicht zurückzieht.¹⁰ Am Ende gab es keine Einigung, weil der slowakische Premier Fico sein Veto androhte. Im finalen Text steht daher lediglich, dass die EU bereit ist, mit einem neuen, robusten Sanktionspaket Russlands Energieeinnahmen weiter ins Visier zu nehmen. Dieses wurde aber nicht beschlossen.

Als Polen die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, lautete ihr Ziel, formelle EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und **Moldau** aufzunehmen. Allerdings ist für die Öffnung aller Cluster Einstimmigkeit erforderlich. Dieser Gipfel war die letzte

⁶ EU leaders thrash out Trump trade strategy — as it happened – POLITICO & Mercosur-Abkommen: Merz sieht „große Ber • Table.Briefings

⁷ Earning influence: lessons from the history of international currencies

⁸ Europäisches Semester: Kommission gibt mit Frühjahrspaket 2025 Empfehlungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU ab

⁹ Letter from President UvdL on Migration EUCO June 2025_1.pdf

¹⁰ EU summit LIVE: Hungary's Orbán urges migration 'rebellion' as leaders gather for talks - Euractiv

Chance, einen Deal mit Viktor Orbán zu erreichen, der sich aber dezidiert nicht kompromissbereit zeigte.¹¹ Da dies in Ungarn zunehmend zu einem innenpolitischen Thema geworden ist, könnte Budapest eventuell bis zu den Parlamentswahlen im April 2026 weiterhin ein Veto einlegen. Die Frage ist nun, ob die Ukraine und Moldau im Beitrittsprozess getrennt werden sollen, da keiner der Mitgliedsstaaten Einwände gegen die Beitrittsverhandlungen mit Chişinău zu haben scheint. Einige EU-Staaten zögern jedoch bei dieser „Entkoppelung“, um „nicht der ungarischen Erpressung“ zu erliegen. Andererseits möchte die EU gegenüber Moldau auch Anreize bieten, vor allem da im September Parlamentswahlen stattfinden, deren Ergebnis völlig offen ist.¹²

Mit Blick auf den **Nahen Osten** bezog der Rat die neuesten Entwicklungen in der Region in seine Gespräche ein, allerdings wurde die Bombardierung der iranischen Nuklearanlagen durch die Vereinigten Staaten nicht erwähnt und lediglich Iran und Israel als Konfliktparteien namentlich genannt. Es gab bisher eher verhaltene und gemischte Reaktionen auf den US-Angriff von Seiten der EU27. Einige Stimmen äußerten sich positiv, da dies der einzige Weg sei, das iranische Atomwaffenprogramm zu stoppen, während andere die Unvereinbarkeit mit dem Völkerrecht herausstellten.¹³ In Bezug auf das Atomwaffenprogramm war sich der Rat einig, dass der Atomwaffensperrvertrag eingehalten werden solle.

Mit Blick auf das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel heißt es, der Bericht zur Einhaltung von Artikel 2 des Abkommens werde vom Europäischen Rat „zur Kenntnis“ genommen; hier konnte man sich auf keine gemeinsame Linie verständigen.

Im Bereich der **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** bekräftigt die EU ihre Ambitionen, ihre Rolle als zur NATO komplementärer Partner zu etablieren und diese bei der Erreichung ihrer Fähigkeitsziele zu unterstützen. Dabei wird stets betont, dass NATO-Standard in den EU-Beschaffungsprozessen gelte, um keine Konkurrenz oder Uneinigkeit zwischen beiden Institutionen aufkommen zu lassen. Stattdessen konzentrieren sich die Schlussfolgerungen des Rats auf die Stärkung der finanziellen Möglichkeiten für den Aufbau der technologischen und industriellen Basis, im Einklang mit bisherigen Ratsgipfeln. Als Echo zum vorangegangenen NATO-Gipfel wird verstärkt auf die Wichtigkeit eigenständiger Verteidigungsfähigkeiten für Europa verwiesen, da der Kontinent als Ganzes in dem Bereich souveräner agieren können müsse. Das Vereinigte Königreich

wird explizit als wichtiger, EU-externer Partner aufgeführt, ebenso Kanada, mit dem drei Tage vor Beginn des Ratsgipfels ein Sicherheits- und Verteidigungsabkommen unterzeichnet wurde.

In der Frage der **Handels- und Wirtschaftspolitik** ist die Europäische Union in der Lage, eine starke Rolle zu spielen und sich auch gegenüber den USA zu behaupten. In den kommenden Wochen gilt es das Selbstverständnis als vorhersehbarer, verlässlicher, glaubwürdiger und souveräner Partner unter Beweis zu stellen. Man denke hier an den Handelskonflikt mit den USA, die Frage inwieweit man den USA bei der Abgrenzung zu China folgt und nicht zuletzt an die anstehende Ratifizierung des Mercosur-Handelsabkommens. Analog zur Handelspolitik gilt es auch, das Momentum der Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die durch Frankreich angestoßene Diskussion über die Zeitmäßigkeit des in Kürze von der Kommission erwartete Klimaziel 2040 hat sich zwar nicht in den Schlussfolgerungen niedergeschlagen, dennoch gilt es zu beobachten, wie die Kommission darauf reagiert.

In Punkto **Migration** bleibt der Rat im gewohnten Muster und konzentriert sich auf die externe Dimension der Migration. Dabei steht der jüngste Vorschlag der Kommission zu einer neuen Rückführungsrichtlinie, der aktuell beim Parlament liegt, sowie die Liberalisierung des sicheren Drittstaatenkonzepts im Mittelpunkt. Bemerkenswert ist, dass Deutschland erstmalig am Migrationsaustausch der migrationsskeptischen Mitgliedsstaaten, angeführt von Italien, Dänemark und den Niederlanden, teilnahm.

Aus dem jüngsten **EU-Ratsgipfel** kann man eine gemischte Bilanz ziehen. Zwar konnten sich die EU-Staats- und Regierungschefs auf die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland verständigen, das 18. Sanktionspaket wurde jedoch nicht beschlossen. Einigkeit herrschte in der Zollpolitik, die europäischen Interessen gegenüber den USA zu verteidigen. Die Beschlüsse zur Sicherheit und Verteidigung knüpften an die Ergebnisse des NATO-Gipfels an. Mit Blick auf Nahost konnte man sich auf eine diplomatische Initiative, Israel zur Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen in Gaza zu bewegen, verständigen - nicht jedoch auf eine gemeinsame Linie zum Assoziierungsabkommen mit Israel vor dem Hintergrund des Prüfberichts der EU. In der Migrationspolitik gab es keine wesentlichen neueren Erkenntnisse oder Fortschritte. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass im Grundsatz in den großen Dossiers Einigkeit herrschte, die Abweichler bei einigen Themen

¹¹ <https://www.politico.eu/article/eu-leaders-talk-security-competitiveness-trade-live-updates/>

¹² [All you need to know about this week's NATO and EU summits](#)

¹³ [US-Angriff auf Irans Atomanlagen - was sagt das Völkerrecht? | tagesschau.de](#)

die Altbekannten bleiben, welches sich vor allem beim Ringen um Sanktionen gegenüber Russland festmachte. Somit kann man zwar weiterhin von einem klaren Bekenntnis zur Unterstützung der

Ukraine sprechen - allerdings ohne konkrete Ergebnisse.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Leiterin des Europabüros

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

beatrice.gorawantschy@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)